Abonnementspreis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

Abend-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Morgen-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 30 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Abend-Ausgabe: die 6gespaltene Petitzeile 40 ₰. Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 1 ℳ, Familiennachrichten und Anzeigen mehrerer Begründeter (6gespalten) 50 ₰. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

№ 398. **Dienstag** den 24. November 1891. 85. Jahrgang.

Zur parlamentarischen Lage.

* **Berlin**, 23. November. Fünf Tage beräth der Reichstag jetzt bereits die Novelle zum Krankencassengesetz, obgleich allseitig der Wille und das Bestreben vorhanden ist, möglichst schnell vorwärts zu kommen. So darf man denn auch hoffen, daß es möglich sein wird, wie ursprünglich angenommen, Donnerstag die zweite Lesung zum Abschluß zu bringen, obgleich die Specialdiscussion morgen durch die Interpellation des Centrums über die Aussichten der Zunftfreunde im Handwerk unterbrochen wird.

Die Bestimmungen über die Gemeindekrankenversicherung und über die Ortskrankencassen sind erledigt, und zwar hat man überall, abgesehen von unwesentlichen redactionellen Verbesserungen, es bei den Vorschlägen der Commission bewenden lassen. Heute gaben die Bestimmungen über die Krankenunterstützung der Wöchnerinnen zu einer längeren Debatte Veranlassung. Das Centrum und ein kleinerer Theil der Conservativen erhob Einspruch gegen die von der Commission an der Vorlage vorgenommenen Aenderungen, daß auch unehelichen Wöchnerinnen Krankenunterstützung zu gewähren sei. Die übergroße Mehrheit des Hauses aber stellte sich in der Erwägung, daß die moralischen Rücksichten nicht die Erfüllung der Gerechtigkeit hindern dürften, auf den Standpunct der Commission.

Die Bänke des Hauses zeigen noch immer mehr Lücken als besetzte Plätze, doch da auf allen Seiten in gleicher Weise gesündigt wird, herrscht stillschweigend Einverständniß darüber, daß von Niemandem die Beschlußfähigkeit angezweifelt wird, da die Anzählung ein fast beschämendes Ergebniß zeigen würde. Bei Eröffnung der Sitzung sind wohl kaum fünfzig Mitglieder anwesend und die doppelte Zahl ist bis jetzt überhaupt noch nicht erreicht worden.

Ein lebhaftes Interesse dürfte sich aber am Freitag entwickeln, wo mit Bestimmtheit in die erste Berathung des Etats eingetreten werden soll. Auf allen Seiten hat man gar viel auf dem Herzen und die Wähler im Reiche empfinden in vieler Hinsicht eine so große Ungewißheit und Unklarheit über wichtige Fragen, daß die Abgeordneten eine gründliche Aussprache für geboten halten. Es kommt hinzu, daß der Mangel einer Thronrede, welcher durch die wiederholte Vertagung bedingt wird, es auch der Regierung in hohem Grade erwünscht erscheinen läßt, die Gelegenheit zu benutzen, sich über die internationale Lage zu äußern und ihren Standpunct über eine Reihe brennender Fragen darzulegen. Mit Recht hat bisher auch immer die Session mit der Berathung des Etats ihren Anfang genommen, die Abweichung von der Regel wird allseitig unangenehm empfunden und sicher wird am Freitag das Haus sehr gut besetzt sein. Die Einlaßkarten zu den Zuhörertribünen waren heute bereits vergeben, gleichwohl dürften noch Hunderte von Gesuchen eingehen, welche bei dem Mangel an Plätzen natürlich nicht berücksichtigt werden können.

Die beiden Anträge, welche die Beseitigung von Mißständen an der Börse verlangen, werden gemeinsam zur Debatte gestellt und am 2. December auf die Tagesordnung gesetzt werden. Darüber ist man sich auch bereits auf Seiten der Conservativen und des Centrums vielfach klar geworden, daß der nationalliberale Antrag weit besser formulirt und inhaltlich weit klarer, praktischer und zielbewußter ist als der conservative. Diese Auffassung dürfte auch von der Regierung getheilt werden. Der conservative Antrag zeigt mehr eine allgemeine und unbestimmte Abneigung gegen die Börse, während man in nationalliberalen Kreisen von der volkswirthschaftlichen Nothwendigkeit und Nützlichkeit dieses Instituts überzeugt ist und eben nur dessen Auswüchse beseitigen möchte.

Uebrigens zeigen die Nationalliberalen auch in anderer Beziehung, daß sie praktische Politik treiben und fühlen, was in weiten Volkskreisen verlangt wird. Heute Abend haben sie einen neuen sehr werthvollen Antrag eingebracht. Sie schlagen nämlich eine Resolution vor, wonach der Reichstag die Erwartung aussprechen soll, daß bei der Ausarbeitung eines für das Deutsche Reich gemeinsamen Gesetzes, betreffend die Militairgerichtsverfassung und die Militairstrafproceßordnung, die Grundsätze der Ständigkeit der Gerichte, sowie der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Hauptverfahrens zur Geltung gelangen, soweit nicht besondere militairdienstliche Interessen Ausnahmen nothwendig erscheinen lassen. Dieser Antrag dürfte allerdings wahrscheinlich erst nach Neujahr zur Berathung im Plenum gelangen.

Leipzig, 24. November.

* Gelegentlich der Reise des Kaisers nach Torgau am nächsten Mittwoch wird derselbe auch der Stadt Wittenberg einen kurzen Besuch machen. Der Kaiser gedenkt dort eine Parade über die Garnison abzunehmen und die im Wiederherstellungsbau begriffene Schloßkirche zu besichtigen.

* Die „Braunschweigische Landeszeitung" bringt eine Rede Bismarck's, welche derselbe anläßlich des am Freitag stattgehabten Empfanges der Deputation des Braunschweiger plattdeutschen Vereins bei Ueberreichung des Diploms als Ehrenmitglied gehalten hat. Der Fürst beklagte die Abnahme seiner Rüstigkeit; er gehe schwer an die Reise nach Berlin heran, doch wenn es sein müsse, werde er ausprobiren, ob es gehe oder ob er verzichten müsse. Die Reichstagstheilnahme habe für ihn nur den Sinn, seine Pflicht als deutscher Bürger zu thun; wer glaube, daß er damit wieder ein Amt erringen wolle, überschätze seine Bescheidenheit und unterschätze sein Selbstgefühl; es falle ihm nicht ein, eine Ministerstellung zu begehren.

* Die im Reichstag eingebrachte Interpellation des Centrums in der Handwerkerfrage wird der Regierung Gelegenheit geben, sich über ihre Absichten auf diesem Gebiet zu äußern. Dieselben sind ganz besonders in Dunkel gehüllt; über die im letzten Sommer im Reichsamt des Innern abgehaltenen Conferenzen mit den leitenden Männern der Innungsbewegung ist nie etwas Zuverlässiges in die Oeffentlichkeit gedrungen, höchstens dunkle Andeutungen, aus denen nicht viel zu entnehmen war. Die bevorstehende Verhandlung wird nun Aufklärung bringen, ob die Regierung überhaupt neue Ziele und Absichten in der Handwerkerfrage verfolgt. Von Sachkennern wird jes entschieden bezweifelt und es wird davor gewarnt, ein neues „Programm", beziehungsweise einschneidende neue Pläne auf diesem socialen und wirthschaftlichen Gebiet bei der Regierung vorauszusetzen. Es ist auch schwer zu errathen, worin solche bestehen könnten, wenn nicht in der Annahme der bekannten zünftlerischen Recepte, für deren günstigere Aufnahme im Bundesrath als in früheren Jahren doch keinerlei Anzeichen spricht. An einer die weitgehenden zünftlerischen Bestrebungen unterstützenden Mehrheit im Reichstag ist freilich nicht zu zweifeln; sie ist infolge der Verstärkung des Centrums noch größer als in früheren Reichstagen und bereits bei verschiedenen Gelegenheiten, so bei der Berathung des Gewerbegerichtsgesetzes, hervorgetreten. Nicht im Reichstag, sondern im Bundesrath liegt schon seit längerer Zeit der Schutz gegen ein Uebermaß in reactionairer, gewerbepolitischer Gesetzgebung.

* Die Börsenanträge werden voraussichtlich wegen ihrer Dringlichkeit und vermöge der großen Mehrheit, die sie hinter sich haben, die Priorität unter den zahlreichen, sonst noch vorliegenden Initiativanträgen erlangen und demgemäß schon sehr bald auf die Tagesordnung gesetzt werden. Die nachtheiligen Folgen der langen Vertagungen statt förmlicher Sessionsschlüsse geben sich u. A. auch in dem unnützen Ballast von Initiativanträgen kund, welche aus dem vorangegangenen Sessionsabschnitt mit herübergeschleppt werden und oft ganz veraltet und unzeitgemäß geworden sind. Durch diese alten Latenhüter wird neuen und dringenden Anträgen der Weg versperrt.

* Der russische Minister Herr v. Giers ist am Montag, von Paris kommend, in Berlin eingetroffen, woselbst er einen kurzen Aufenthalt zu nehmen gedenkt und von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen werden wird. Wie in Paris, so wird er auch in Berlin mit den maßgebenden politischen Persönlichkeiten in Verkehr treten, selbstverständlich unbeschadet des durchaus privaten Charakters seines hiesigen Verweilens. Ebenso selbstverständlich erscheint es, so betonen die „Berl. Polit. Nachr.", daß dem leitenden Staatsmanne einer benachbarten Großmacht in Berlin alle Rücksicht entgegengebracht wird, die gegenüber einem Manne von so hervorragenden persönlichen Eigenschaften, wie Herr v. Giers sie besitzt, am Platze ist. Wenn im Allgemeinen die öffentliche Meinung Deutschlands seit den letzten Jahren an der Entwickelung der realen Verhältnisse des östlichen Nachbarreiches und den hinter ihr stehenden treibenden Factoren Anstoß nehmen zu müssen glaubt, so macht sie doch Herrn v. Giers sicherlich dafür nicht verantwortlich. Es ist ja hinreichend bekannt, daß, wenn sein Organ, das „Journal de St. Pétersbourg", in die Erörterung schwebender tagespolitischer Streitfragen eingreift, es das zumeist in versöhnlichem, beschwichtigendem Sinne, unter nachdrücklicher Betonung des strict friedlichen Charakters der russischen Politik zu thun versuchte. Ob neben dem allgemein-politischen Standpuncte noch bestimmte Einzelmomente für die Beurtheilung des Verkehrs zwischen Herrn von Giers und den Notabilitäten der Reichsregierung in Frage kommen, vermögen wir nicht zu übersehen. Es ist ja letzthin in den Zeitungen wiederholt von Rede von Tendenzen der russischen Politik gewesen, neuerdings in engere handels- und wirthschaftspolitische Fühlung mit dem deutschen Nachbar zu treten. Was Wahres an diesen Andeutungen sein mag, entzieht sich unserer Kenntniß. Irgend etwas Positives in dieser Richtung scheint nicht vorzuliegen. Thatsache ist, daß die jetzige handels- und wirthschaftspolitische Lage Rußlands, auch abgesehen von der augenblicklichen Hungersnoth, welche das Zarenreich in schwere Bedrängniß bringt, nur das naturnothwendige Ergebniß eines Systems vor Augen führt, welches die grundsätzliche Beschränkung Rußlands auf die eigenen inneren Hilfsquellen an die Spitze seines Programmes stellte. Die heute zu voller Tragweite gediehenen Consequenzen des von den Inspiratoren der herrschenden russischen Handels- und Wirthschaftspolitik eingeschlagenen Weges wurden diesseits schon seit einer geraumen Reihe von Jahren vorhergesehen und vorhergesagt. Aber wie man an der Newa seinerzeit die jetzige Handels- und Wirthschaftspolitik instradirte, ohne sonderliche Rücksicht auf die Pflege gesunder materieller Beziehungen zu dem deutschen Nachbar zu nehmen, ja mit bewußter Schädigung dieser Beziehungen, wird man gegebenenfalls auch dort die Initiative zum Einlenken ergreifen müssen. Von Deutschland aber wird nicht wohl erwartet oder gar verlangt werden dürfen, daß es den ersten Schritt zur Beseitigung einer ohne sein Verschulden herbeigeführten und ihm selber sicherlich, wie die Verhältnisse lehren, am wenigsten zum Nachtheil gereichenden Entfremdung seines östlichen Nachbars thue oder auf ein etwaiges Entgegenkommen Rußlands mit Sehnsucht harre. Die Logik der Thatsachen referirt die Anbahnung freundlicherer Beziehungen vielmehr der russischen Politik, und es kann nicht schaden, wenn dieser objectiv unanfechtbare Sachverhalt einmal, ohne Bitterkeit, aber auch ohne Umschweife, ausgesprochen wird.

* Einige Blätter wollten wissen, daß hinfort auf Wunsch des Kaisers von der Ansiedelungscommission in Posen auch polnische Bewerber für die Ansiedlerstellen zugelassen werden würden. Das Gesetz vom 26. April 1886, das schon in seinem Titel von deutschen Ansiedelungen in den Provinzen Westpreußen und Posen spricht, bezweckt ausdrücklich, durch Ansiedelung deutscher Bauern und Arbeiter das deutsche Element in denjenigen östlichen Landestheilen zu stärken, in denen die Interessen der deutschen Bevölkerung durch polonisirende Bestrebungen notorisch gefährdet sind. Es macht keinen Unterschied zwischen Protestanten und Katholiken; die Zulassung von Polen aber wäre gesetzwidrig und könnte also nur im Wege der Gesetzgebung eingeführt werden. Aber auch davon ist bisher keine Rede gewesen.

* Auf den vorderen Bänken der Rechten im Sitzungssaale des Reichstages ist jetzt, wie die „Magdeb. Ztg." meldet, der Name des verstorbenen Abgeordneten v. Schlieckmann herausgenommen und durch den Namen „Fürst v. Bismarck" ersetzt worden. Aus Kreisen, die dem Fürsten Bismarck nahestehen, verlautet mit vollster Bestimmtheit, daß der Fürst trotz alledem in diesem Abschnitt der Reichstagsarbeiten seinen Sitz im Reichstage nicht einnehmen werde. (?) Zu einer Theilnahme an den Debatten über die Handelsverträge wird nach derselben Quelle Fürst Bismarck keinesfalls erscheinen. (??)

* Von Dr. Karl Peters empfing der „Allgemeine Deutsche Verband" nachstehendes Schreiben, datirt: Kilimandscharo-Station, den 8. October 1891:

„Dem Allgemeinen Deutschen Verband übersende ich ganz ergebenst 3 Rombaspeere. Dieselben haben für mich insofern Werth, weil dieselben im Gefecht am 2. September auf mich gezielt waren und ich dem Tode nur durch die Kaltblütigkeit zweier Sudanesen entgangen bin, einer der Angreifer fiel von meiner Hand, während die beiden Anderen durch oben genannten Sudanesen niedergeschossen wurden."

Der Kaiserliche Commissar.
gez. Karl Peters.

* Wie mitgetheilt wird, soll der Herzog von Coburg-Gotha den Staatsrath Strenge zum Minister ernannt haben. Staatsrath von Wirsten übernimmt die Geschäftsleitung in Coburg, von Ketelhodt-Coburg übernimmt ein Departement in Gotha.

* Der Schwerpunct der handelspolitischen Action ruht nun wieder in Wien, wohin sich in der vorigen Woche die österreichisch-ungarischen und gestern und heute einige der deutschen Bevollmächtigten begeben haben. Zunächst handelt es sich um die Vereinbarung der Verträge mit der Schweiz, welche nur für den Fall, daß die im Zuge befindlichen schriftlichen Verhandlungen zwischen den Cabinetten sich zu lange hinziehen würden, den bisherigen Bevollmächtigten zufallen soll. Nach der Erledigung dieses Theiles der Action werden noch einige Puncte des deutsch-österreichischen Vertrages, welche im Frühjahr mit Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen mit der Schweiz und Italien offen gelassen wurden, endgiltig festgestellt und hierauf die bisher nur paraphirten Vertragsentwürfe unterzeichnet werden. Die Anwesenheit des Herrn v. Bareß in Wien und seine Conferenzen mit dem Grafen Kalnoky und dem Marquis Bacquehem stehen mit dieser Angelegenheit in Zusammenhang. In Wien hofft man auf eine rasche Erledigung der noch erübrigenden Theile der Vertragsaction und hegt die Zuversicht, daß die gleichzeitig vorzunehmende Vorlage der Vertragsentwürfe in den Parlamenten von Deutschland, Oesterreich und Ungarn noch vor dem 15. December erfolgen kann. — Auch zwischen Italien und der Schweiz sind die Vertragsverhandlungen auf dem diplomatischen Wege eingeleitet worden; etwa nothwendig werdende Delegirtenconferenzen sollen in Zürich abgehalten werden. Italien legt bei den Verhandlungen den größten Werth auf das Zollcartel und die Vereinbarungen gegen Schmuggelei, die Schweiz verlangt wesentliche Aenderungen des bisherigen Vertrages.

* Freiherr Lothar von Richthofen sen. hat, wie die „Schlesische Morgenzeitung" mittheilt, bei dem Vorstande des deutschconservativen Provinzialvereins für Schlesien nachstehenden Antrag eingebracht: „Die Conservativen Schlesiens erweitern ihr Programm dahin, daß dieselben mit allen gesetzlichen Mitteln den Kampf gegen das übermächtige Judenthum aufnehmen und von ihren Abgeordneten erwarten, dieselben werden dahin wirken, daß die Emancipation der Juden aufgehoben und dieselben unter ein Fremdengesetz gestellt werden; daß ferner von Staats wegen eine Untersuchung resp. Uebersetzung des Talmuds vorgenommen werde, um daraus zu entnehmen, ob ein Volk mit einer Moral lehre, wie sie in der seiner Zeit erfolgten Uebersetzung des Talmuds durch den Professor Rohling in Prag sich darstellt, überhaupt in unserem Staate ferner geduldet werden kann." Der Vorstand des deutschconservativen Provinzialvereins hatte beschlossen, den ersten, gesperrt gedruckten Theil des obigen Antrages einer für den 23. d. M. einberufenen Delegirtenversammlung zur Beschlußfassung vorzulegen.

* Zwischen den Regierungen Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Nordamerika haben, wie berichtet wird, Verhandlungen wegen Ausdehnung des jetzt bestehenden Auslieferungsvertrages namentlich auf diejenigen Eigenthumsvergehen begonnen, welche bisher nur dann unter den Auslieferungsvertrag fielen, wenn durch sie Behörden geschädigt waren. Es wird beabsichtigt, künftig Flüchtlinge auch dann auszuliefern, wenn durch ihre Strafthat Private geschädigt worden sind. In den Grundzügen ist eine Verständigung bereits erzielt worden. Es wird sich nur darum handeln, daß die Union Fürsorge für die Deckung der daselbst bei Auslieferungsverhandlungen entstehenden Kosten trifft, was bisher nicht der Fall war, während in Deutschland Kosten bei der Auslieferung flüchtiger Amerikaner nicht berechnet wurden.

* Innerhalb der Reichsregierung ist, wie wir hören, ein Gesetzentwurf, welcher zur „Hebung des Handwerks" bestimmt ist, schon ziemlich weit vorgeschritten. Daß die Einführung des Befähigungsnachweises dabei nicht beabsichtigt ist, wurde bekanntlich vor Kurzem unter Berufung auf eine Aeußerung des Unterstaatssecretairs von Rottenburg in einer zünftlerischen Versammlung mitgetheilt. Wie weit etwa sonst den zünftlerischen Forderungen Rechnung getragen werden soll, darüber wird man vielleicht durch die Beantwortung der Interpellation Hitze etwas erfahren.

* Die Einsetzung einer Regentschaft in Mecklenburg-Schwerin wird in der „Köln. Ztg." angeregt. Bekanntlich ist der jetzt regierende Großherzog seit Jahren, seit dem Antritt der Regierung, wegen Krankheit fast beständig außer Landes. Der älteste Bruder des Großherzogs, Herzog Paul, würde, so wird bemerkt, an sich als nächster Agnat in erster Linie zur Regentschaft berufen erscheinen, jedoch würde derselbe als übergetretener Katholik in diesem fast ausschließlich protestantischen Lande wenig am Platze sein, auch von der gesammten Bevölkerung nur mit großen Vorurtheilen acceptirt werden. Ganz sicherem Vernehmen nach kann in Folge von unantastbaren Feststellungen die Candidatur dieses Prinzen für eine Regentschaft gar nicht mehr in Frage kommen, und damit trete der zweite Bruder des Großherzogs, der Herzog Johann Albrecht, welcher zur Zeit als Major im Gardehusaren-Regiment in Potsdam in Garnison steht und in jeder Hinsicht durchaus qualificirt für den Beruf als Regent angesehen werden müsse, auf den Plan.

* Im Budgetausschuß der österreichischen Delegation erklärte der Minister des Auswärtigen, Graf Kalnoky, auf eine Anfrage, die Regierung wende der Frage betreffend die Bestellung von technischen Attachés die größtmögliche Aufmerksamkeit zu; bei der Realisirung der Idee würde betreffs der Wirksamkeit und der Stellung der technischen Attachés das in Deutschland angeführte Material auch für Oesterreich-Ungarn die geeignete Grundlage bilden. Hierauf folgte die Berathung des Occupationscredits. Der Referent Bilinski constatirte den steten erfreulichen Aufschwung der occupirten Provinzen, deren Verwaltung ein großes civilisatorisches Werk vollbringe. Minister Kallay trat den maßlosen Uebertreibungen der serbischen Presse bezüglich der mohamedanischen Auswanderung entgegen und erklärte, er habe der Frage, betreffend die Verbindung Bosniens mit einem Seehafen schon seit längerer Zeit seine Aufmerksamkeit zugewendet; die Studien zum Ausbau einer Bahn vom Centrum Bosniens nach Spalato seien bereits vollendet; ueber die Frage des Baues stünden die beiderseitigen Regierungen in Verhandlung, über deren Stand könne er nichts mittheilen. Die Ausführungen des Ministers wurden beifällig aufgenommen und das Occupationsbudget unverändert genehmigt. Der Budgetausschuß nahm ferner das Extraordinarium des Heeresbudgets an. Im Laufe der Debatte bemerkte der Kriegsminister, Rußland habe das 7,6 und Rumänien das 6,5 mm-Kaliber angenommen, er erachte es nicht für nothwendig, das Kaliber weiter zu vermindern, da das 8 mm-Gewehr vollkommen genüge und die Ausrüstung der Armee damit nahezu beendet sei.

* In der „Neuen Freien Presse" lesen wir:

„Aus dem Eindrucke, welchen das jüngste Exposé des Grafen Kalnoky in Europa hervorbrachte, konnte man ersehen, daß Graf Kalnoky die Erbschaft des Fürsten Bismarck übernommen hat, daß auf ihn die Autorität des diplomatischen Vertrauensmannes übergegangen ist, und daß die Stellung Oesterreich-Ungarns heute hinausragt über die Position, welche es besaß, bevor Graf Kalnoky als leitender Minister in das Haus am Ballplatze einzog."

* Bisher gab es im Lande Krain nur etwa 30 deutsche Volksschulen: 25 in der Sprachinsel Gottschee, die von 3200 deutschen Kindern besucht wurden, 3 in der Landeshauptstadt Laibach, wo über 700 Kinder guten Unterricht empfingen, 1 im Städtchen Gurkfeld und 1 in Weißenfels, hart an der Kärtner Grenze. Die Tausende von Deutschen, die in Minderheiten in überwiegend slowenischen Orten leben, mußten ihre Kinder entweder nach Laibach oder nach deutschen Städten in Kärnten in Pension geben oder in die slowenischen Ortsschulen schicken, wo sie der deutschen Muttersprache meist entfremdet wurden. Seit die Regierung auch den Deutschen in Krain etwas freundlicher gegenübersteht, regt sich das bisher unterdrückte Deutschthum in vielen Orten und plant die Gründung neuer deutscher Volksschulen. Für die deutschen Beamten- und Arbeiterfamilien in Sava, Aßling und Zauerburg soll eine deutsche Werkschule in Sava errichtet werden; desgleichen will man deutsche Schulen in Neumarktl und Sagor, wo schon deutsche Kindergärten bestehen, ins Leben rufen, ebenso in St. Anna und anderen Industriecentren. Selbst in den slowenischen Kreisen regt sich hier und da der Wunsch nach deutschem Unterrichte; man beginnt einzusehen, daß man, um ein besseres Fortkommen zu erlangen, unbedingt die Kenntniß der deutschen Sprache braucht.

* Der Deputirte Laur benachrichtigte den Minister des Auswärtigen Ribot, daß er ihn darüber zu interpelliren beabsichtige, ob ein schriftlicher Vertrag zwischen Frankreich und Rußland bestehe. Ribot erklärte, er würde die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

* Wie aus Paris gemeldet wird, beruht die vom „Gaulois" verbreitete Nachricht, daß Graf Herbert Bismarck, der sich bekanntlich, von London zurückkehrend, während der letzten drei Tage in Paris aufgehalten habe, Herrn von Giers besucht habe, auf Erfindung. Dagegen ist es richtig, daß Graf Herbert Bismarck mehrfach mit den zur Zeit in Paris anwesenden russischen Großfürsten verkehrt habe, worüber einige Journale ihr naives Erstaunen äußern. Graf Herbert Bismarck ist gestern Abend mit dem Postzuge 9½ Uhr über Köln nach Friedrichsruh gereist.

* Der Pariser „Figaro" theilt mit, Herr v. Giers habe von den Besprechungen mit den französischen Ministern den besten Eindruck erhalten und habe wiederholt erklärt, er sei erfreut, festgestellt zu haben, daß Minister Ribot von den auswärtigen Angelegenheiten dieselben ruhigen, gemäßigten und versöhnlichen Anschauungen habe wie er. Ueber den Reisezweck des Ministers sind immer noch allerlei Gerüchte in Umlauf. „Eclair" behauptet, Herr v. Giers sei nur nach Paris gekommen, um das Protokoll über das russisch-französische Einvernehmen, das während des Aufenthalts des Zaren in Dänemark aufgesetzt worden sei und die Stelle des Bündnißvertrages vertreten solle, zu unterzeichnen. „Figaro" dagegen veröffentlicht ein „Telegramm" aus Petersburg, das ihm von der hiesigen russischen Botschaft zugegangen ist und ein interessantes Streiflicht auf die Umtriebe innerhalb der russischen Diplomatie wirft. Darin wird hervorgehoben, Herr v. Giers spiele überhaupt nur eine Rolle zweiten Ranges; denn die auswärtige Politik mache der Zar selbst. Da er keinerlei Auftrag habe, entbehre seine Reise auch der politischen Bedeutung und werde nichts an der Lage ändern. Geräuschvolle Reisen möchten zu den Dreibund-Gewohnheiten gehören, in der russischen Diplomatie seien sie nicht Brauch. Wenn der Zar mit der französischen Regierung verkehren wolle, so bediene er sich des Botschafters v. Mohrenheim, der durch das Vertrauen seines Souverains nach Paris gesetzt sei und von ihm den Auftrag erhalten habe, beide Länder einander zu nähern. Dieser Auftrag sei getreulich und geräuschlos ausgeführt worden und seine Folgen würden weittragender sein, als man wissen könne. Im Uebrigen sei zu bemerken, daß Herr v. Giers unmittelbar vor seinem Rücktritt aus dem Amte stehe, um den er schon seit langer Zeit aus Gesundheitsrücksichten gebeten habe. Die Candidaten für seine Nachfolge seien Schuwalow und Mohrenheim. (Daher der Zorn des Herrn v. Mohrenheim gegen Giers, dessen Ursprung zu verdecken, er sich nicht einmal die Mühe giebt. Das Amt des Ministers Giers, das Herr v. Mohrenheim so heiß erstrebt, muß also doch wohl nicht die untergeordnete Bedeutung haben, die der russische Botschafter ihm durch den „Figaro" zutheilt.)

* Aus Madrid wird gemeldet, das neue Cabinet werde die äußere, innere und wirthschaftliche Politik des